ANTIFA JUGENDINFO

Antifaschistische Jugend-Zeitung

Ausgabe Hamburg Nr. 5 Nov. 90 Jugendliche kostenlos/sonst -,50

Und die da reden vom Vergessen
Und die da reden vom Verzeih'n -
All denen schlage man die Fressen
mit schweren Eisenhämmern ein!
-Bert Brecht-

Hallo Leute!

Ungemein produktiv, wie wir sind, ist dies schon die fünfte Ausgabe unserer für Freiheit und Glück stehenden Schrift. Wir freuen uns natürlich wahnsinnig darüber, daß das Info soviele interessiert und wir schon wieder unsere Auflage erhöhen mußten, allerdings kosten mehr Infos auch mehr Geld, was wie immer nicht da ist. Das war die unvermeidliche Bitte nach Spenden! Wir denken aber, daß diese Ausgabe zum Thema 9.11./Reichspogromnacht ganz besonders wichtig ist; im Zeichen der Maueröffnung letzten Jahres scheinen die Herrschenden die Greuel des "Dritten Reiches" und insbesondere den von den Nazis böswillig verharmlosend "Reichskristallnacht" genannten Pogrom endgültig verdrängen zu wollen.

Judenpogrome haben Geschichte, schon während des Mittelalters und gegen Ende des 19. Jahrhunderts im zaristischen Rußland gab es blutige Ausschreitungen gegen Juden und Jüdinnen, die für alles Übel der Welt verantwortlich gemacht wurden...In der Nacht vom 9. zum 10.11.1938, teilweise schon am Tag zuvor, fanden im ganzen damaligen deutschen Reichsgebiet Terroraktionen gegen Jüdinnen und Juden statt. 101 Synagogen wurden durch Brand zerstört und 76 demoliert, 7.500 Geschäfte zerstört, Jüdinnen und Juden aus ihren Wohnungen getrieben, gejagt und ermordet (91 Tote) - das ist die Bilanz dieses Infernos.

Spontan war nichts an diesen Ausschreitungen, durch Zivilkleidung getarnte SA- und SS-Verbände gingen systematisch vor, der Großteil der Bevölkerung stand untätig daneben oder gab vor, zu schlafen, schweigend und duldend. Seit dem Attentat des polnischen Juden Grynszpan auf Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris hatte die von den Nazis gleichgeschaltete Presse versucht, ein allgemeines Klima der "Volksempörung" hervorzurufen, der Anschlag wurde als Kampagne des "Weltjudentums" gegen ganz Deutschland dargestellt. Am Abend des 9.11. hielt Goebbels in München vor den Parteiführern eine antisemitische Rede, in der er nicht direkt ausdrückte, daß ein Pogrom zu inszenieren sei, einem solchen aber auch nicht entgegengetreten werden solle. Das wurde von den Anwesende eindeutig als Aufforderung zu Aktionen verstanden, sie sandten Blitz-Fernschreiben an die Gauleitungen, die diese anhielten, "spontane Unmutsäußerungen des Volkes" zu organisieren. Hitlers Abgang vor Beginn der Rede seines Propagandaministers und dessen mißzuverstehende Äußerungen sollten dem Zweck dienen, die maßgebende Rolle der Partei zu verschleiern und Hitler nicht als Urheber festmachen zu können.

Ziel der Reichspogromnacht war die "Arisierung" der deutschen Wirtschaft. Zwar befanden sich durch Berufsverbote und Boykotte kaum noch Juden oder Jüdinnen in entscheidenden wirtschaftlichen oder akademischen Positionen, viele lebten inzwischen von der Wohlfahrt oder vorher angelegtem Kapital, aber in den Köpfen der

weiter nächste seite

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

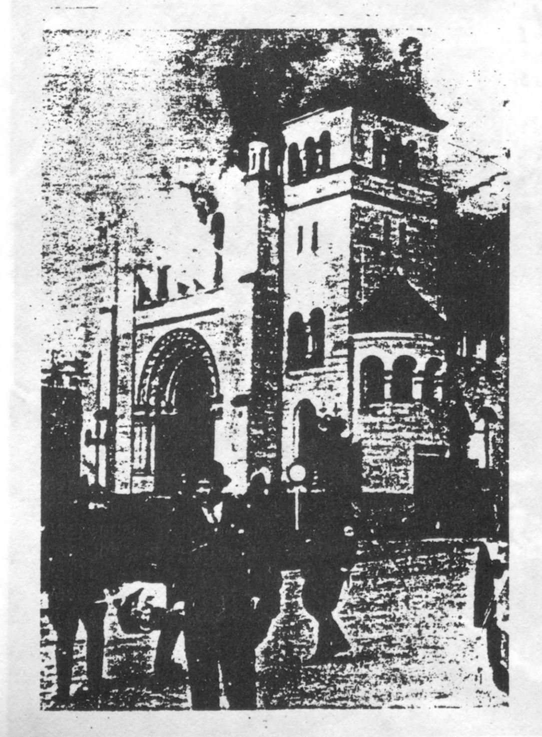


fortsetzung von seite 1

Nazi-Oberen hatte sich dennoch der Glaube an das sog. jüdische Vermögen festgesetzt. Bis zum Zeitpunkt des Pogroms hatten die Nazis kein allgemein geltendes Gesetz erlassen, das die wirtschaftliche Betätigung von Juden/Jüdinnen verbot (im Sinne der umfassenden "Nürnberger Gesetze"), trotz erheblichen Propagandaaufwandes war die von ihnen angestrebte Verdrängung aus der Wirtschaft bis 1938 nur im Ansatz verwirklicht worden. Auch in anderen Bereichen hatte die NSDAP nicht das erreicht, was sie geplant hatte, nur etwa 20% der jüdischen Bevölkerung von 1933 hatte bis 1938 Deutschland verlassen. Das bedeutete in den Augen der Nazi-Führer den Fehlschlag ihrer Politik. So begann 1938 eine neue Etappe der Verfolgung, mit der Entlassung Schachts als Reichswirtschaftsminister im November 1937 und der Einsetzung des unbedeutenderen Funks konnte Göring die wirtschaftliche Ausplünderung der Jüdinnen und Juden verschärfen. Die kontinuierliche Steigerung der diskriminierenden Maßnahmen wurde nach dem 9.11. fortgesetzt, die vollständige Enteignung sollte vollzogen werden, Jüdinnen und Juden wurden aus öffentlichen Einrichtungen verbannt und ihre Ghettoisierung beschlossen. Den durch den Pogrom entstandenen Schaden sollten sie selbst begleichen, die Versicherungen, die dafür aufkommen sollten, waren deutsche Versicherungen. Hätten jene gezahlt, hätte dies einen Schlag gegen die deutsche Wirtschaft bedeutet. So wurde den Juden und Jüdinnen eine kollektive Sondersteuer von 1 Mrd. Reichsmark auferlegt.

Daß mit der Reichspogromnacht der Gipfel der unmenschlichen Verfolgung erreicht wäre und diese bald ein Ende finden würde, hofften damals viele. Doch sie hatten, wie schon die Jahre zuvor, die Nazis unterschätzt, ihre wahnsinnige Ideologie schreckte sogar vor Massenmord nicht zurück. 30.000 Jüdinnen und Juden, meist wohlhabende, wurden nach dem Pogrom mittels exakter Listen verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert. Die meisten von ihnen wurden nach einigen Wochen oder Monaten wieder entlassen, andere sollten der Vernichtungsmaschinerie nicht mehr entgehen können.

"Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen."
Adorno



JUGENDINFO-HINTERGRUND

I. DIE NAZIS UND DIE INDUSTRIE...

Aus der auf den Novemberpogrom folgenden "Arisierung" jüdischer Kleinbetriebe zogen hauptsächlich ("germanische") Kleinunternehmen Nutzen. Das war aber auch fast das einzige, was im "3.Reich" für die Kleinunternehmen abfiel. Profitiert haben letztendlich nur die großen Konzerne von der NS-Diktatur, die die Wirtschaft nach dem Führerprinzip geordnet und monopolisiert hat. Als Beispiel der riesigen Kapitalkonzentrationen besaßen 1943 2% der Aktiengesellschaften beinahe die Hälfte des deutschen Gesamtkapitals, und der Sprengstoffsektor war fast völlig in der Hand von den zwei Unternehmen Dynamit Nobel und WASAG (Stahltrust).

Die deutsche Industrie war jedoch keineswegs nur Nutznießer der NS-Diktatur, sie verstand es hervorragend, den Krieg nach ihren Interessen zu gestalten und war eine treibende Kraft in den damaligen politischen Entwicklungen.

Frei nach der Devise: -lassen sich die Märkte nicht mehr wirtschaftlich erobern, werden die Truppen geschickt-, die aufgrund der fehlenden Kolonien auch einer der Hauptbeweggründe für den 1. Weltkrieg war. Nachdem die bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik die Interessen der großen Konzerne nicht mehr ausreichend vertraten, wandten sich diese der NSDAP zu und verhalfen der Partei durch massive Spenden zur Macht. -Die größte Einzelspende 2 Wochen vor der Wahl betrug 400.000 RM, und auch nachher ebbte der Spendenstrom nicht ab: allein die Dachgesellschaft der IG Farben (ohne die Tochtergesellschaften) zahlte zwischen 1933 und 1944 über 81 Millionen Reichsmark an die NSDAP.

Ermöglicht wurde die Machtübernahme u.a. auch durch die Notverordnungen, die über Verbindungen zwischen Hermann Schmidt, Vorstandsmitglied der IG Farben und gleichzeitig Finanzberater des damaligen Reichskanzlers Brüning, in der Führungsetage der IG Farben ausgearbeitet wurden.

Die Hoffnungen der Industrie in die Diktatur wurden nicht enttäuscht - es gibt keinen großen deutschen Konzern, der nicht damals enorme Umsatzsteigerungen hatte und seine Weichen für seine heutige Größe gestellt hat. Die Gewinne der IG Farben beispielsweise haben sich von 48 Mio. RM 1932 auf 822 Mio. RM 1943 gesteigert. Aber nicht nur das zeichnet die Rolle der Industrie im "3.Reich" aus, sie übernahm auch die Planung der Kriegswirtschaft. Das wird an dem Beispiel des IG Farben-Vorstandsmitglieds Krauch deutlich, der gleichzeitig auch Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Vierjahresplanbehörde war. Mit einem geheimen Bericht seiner Abteilung als Grundlage entwickelte Hitler 1936 den Vierjahresplan, nach dem die Wirtschaft innerhalb von 4 Jahren kriegsfähig werden sollte. 1938 wurde diese Behörde dann in das Reichsamt für Wirtschaftsausbau unter Leitung von H. Göring umgewandelt, in dem u.a. die IG-Vorstandsmitglieder Wurster, Ambros, Bürgin, Bütefisch, Gajewski und Schneider vertreten waren, praktisch eine IG-Farben eigene Behörde. Im August 1938 entwarf Krauch einen "Schnellplan" zur maximalen Steigerung der Rüstung bis Herbst '39. Im April '39 forderte er dann eine Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge, ungefähr 5 Monate vor Kriegsbeginn.

1940 erstellten dann alle deutschen Großkonzerne zusammen mit den Reichsstellen genaue Kriegszielprogramme: die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraumes als Schritt zur Weltherrschaft und die "Neuordnung" der internationalen Märkte.

...AUF GUTE ZUSAMMENARBEIT

Ein anderes Beispiel der Personalpolitik der Industrie ist der enge Freundeskreis des Reichsführers SS, Himmler, zu dem Industrielle und Bankiers gehörten. Aus diesem Kreis kamen Gelder für Himmlers "Fond für Sonderausgaben", die aus Gaskammern, Verbrennungsöfen, Massenvernichtung.... bestanden.

Auch an Auschwitz war die Industrie beteiligt. Die IG Farben wählten Auschwitz als Standort für eines ihrer Werke, als dort ein KZ im Bau war. Sie steuerte insgesamt 2 Mio. RM dazu bei und sorgte für den Häftlingsbarackenbau, Unterbringung der Gestapo und Arrestzellen für die ZwangsarbeiterInnen. Ihr Werk wurde von Häftlingen aus dem KZ errichtet, etwa 25.000 Menschen kamen dabei um. Später errichtete sie dann ein eigenes KZ auf dem Firmengelände, um den langen Fußweg dahin zu sparen.

Das IG Farben-Vorstandsmitglied Bütefisch, stellvertretend für andere Konzerne, im Nürnberger Prozeß:

"Ohne die IG Farben, insbesondere ohne IG-Produktion auf den Gebieten des synthetischen Gummis, der Treibstoffe, des Magnesiums, wäre es in Deutschland unmöglich gewesen, einen Krieg zu führen."

Daß das alles kein Phänomen nur in Deutschland und nur zu der Zeit war, ist klar. Die Interessen der Industrie sind immer und überall die gleichen; Profit um jeden Preis. So waren natürlich auch ausländische Unternehmen am deutschen Faschismus beteiligt (z.B. lieferte der US-Konzern Esso Treibstoff an die Wehrmacht). Der englische Chemiekonzern ICI legte zusammen mit der IG Farben noch vor der Invasion in der Tschechoslowakei ihre Einflußsphären für die Zeit nach dem Einmarsch der deutschen Truppen fest; besiegelt wurde dies auf dem Müncher Abkommen. Der britische Premierminister Chamberlein und der Außenminister Simon waren beide Großaktionäre der ICI und wußten von der Zerstückelung der Tschechoslowakei. Kein Wunder also, daß das "neutrale" Großbritannien Hitler gewähren ließ.

IMPRESSUM

★ ANTIFA ★
JUGENDINFO
Antifaschistische Jugend-Zeitung

Das Hamburger Antifa-Jugendinfo wird von der Antifa-Jugendfront Hamburg herausgegeben und von engagierten AntifaschistInnen verteilt. Gegen einen Abdruck in SchülerInnen- oder Jugendzeitungen haben wir natürlich nichts einzuwenden - GEGEN ZUSENDUNG EINES BELEGEXEMPLARS! (Gilt auch für Meiendorf!)
Das Info erscheint unregelmäßig als Eigendruck im Selbstverlag.
V.i.S.d.P.: Sven Hansen, Paulinenstraße 15, 2000 Hamburg 36.

II.

Die Industrie hatte wirklich allen Grund, die NS-Herrschaft zu stützen und aufzubauen. Denn die lieferte beste Voraussetzungen für große Profite durch hemmungslose Ausbeutung: Einmal durch die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Lohndrückerei bis zum geht-nicht-mehr erlaubte, zum anderen durch das System der Arbeitssklaven. Wenn wir uns das gesamte Ausmaß der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen einmal anschauen, wundert es kaum, daß dieses Land immer noch zu den reichsten der Erde gehört.

In Deutschland gab es während der Nazizeit ca. 20.000 "Fremdarbeiterlager". Das waren sowohl KZ's, als auch Lager für Kriegsgefangene oder Menschen aus den besetzten Gebieten ("Displaced Persons", DP's), die ebenfalls Zwangsarbeit leisten mußten. Diese ZwangsarbeiterInnen waren ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Wirtschaft, ohne sie wäre nichts mehr gelaufen. Alleine die verschleppten DP's stellten in allen wichtigen Wirtschaftszweigen etwa ein Drittel (bis zu 41%) der Arbeitskräfte. Extrem billige Arbeitskräfte.

Am dreckigsten ging es natürlich den K[illegible]ftlingen, erst recht, als den Nazis im Z[illegible] der "Endlösung" die Idee kam, "Vernichtung durch Arbeit" zu betreiben. Im Klartext hieß das, daß aus den Häftlingen noch einmal so viel Profit wie möglich herausgepreßt werden sollte, bevor sie ermordet wurden. Natürlich waren die Arbeitsbedingungen dann auch so, daß etwa ein Fünftel der ZwangsarbeiterInnen in den Betrieben umkam. Damit ist natürlich gemeint, daß sie direkt am Arbeitsplatz gestorben sind - meist kam es gar nicht so weit. Menschen, die zu verbraucht waren, um noch rentabel zu arbeiten, konnten von den Betrieben gegen "neue" eingetauscht werden. Die "Verbrauchten" wurden dann in der Gaskammer ermordet.

Natürlich war die Zwangsarbeit sowohl für die vermietende SS als auch für die Firmen ein riesiges Geschäft. Die Arbeitszeiten waren vom Wirtschaftsverwaltungshauptamt vorgeschrieben und betrugen jeden Tag außer Sonntags 11 Stunden und 15 Minuten. Dafür mußten die Betriebe zwischen 4 und 6 Reichsmark pro Tag und Arbeiter/in zahlen, je nachdem, ob gelernte/r oder ungelernte/r. SS-Betriebe (wie z.B. Apollinaris Brunnen AG, um mal einen bekannten zu [illegible]en), zahlten natürlich weniger - 30 Pfennig.

Die meisten Unternehmer konnten ihren erbeuteten Reichtum über die "Stunde Null" retten. Sie fanden ja auch milde Richter. Denn zum Zeitpunkt der Nürnberger Prozesse war bereits abzusehen, daß die westliche Welt das westliche Deutschland lieber wieder stark sehen wollte, um einen weiteren Verbündeten im kalten Krieg zu haben. (Churchill z.B. sagte nach der Niederschlagung Deutschlands mit Blick auf die Sowjetunion: "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet".)

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus; und zu einem militärisch starken Land gehört eben auch eine starke Wirtschaft. Und da wurden die alten fähigen Köpfe gebraucht. Zum Glück gab es ja noch die politischen Nazi-Größen, denen man alles in die Schuhe schieben konnte, um reinen Tisch mit der Vergangenheit zu machen.

Statt also die Bosse verdientermaßen aufzuhängen, peilten die Richter über den Daumen, daß diese wohl ganz bestimmt ins KZ gekommen oder mindestens als Bosse abgesetzt worden wären, wenn sie sich geweigert hätten, das Zwangsarbeitsprogramm mitzumachen. Die Unternehmen redeten sich auch alle mit dem "Befehl von oben" heraus.



Es gab ja nun mal schon die Demokratie, und da gilt die Meinung der Mehrheit. Auch wenn da einer im Prozeß aussagt:

"Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden die Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten." Der das gesagt hatte, war Rudolf Höß, der ehemalige Lagerkommandant von Auschwitz, der zuletzt die Arbeitseinsätze aus allen KZ's überprüfte. Was aus ihm geworden ist? Wahrscheinlich wurde er schnell zum Tode verurteilt, bevor er den beschlossenen Frieden durch seine Aussagen weiter stören konnte.

Das heißt nun natürlich nicht, daß die Bosse ganz ungeschoren davonkamen. Alfried Krupp von Bohlen-Halbach z.B., der auch ein Zweigwerk in Auschwitz unterhielt, wurde 1948 wegen Plünderung und Sklavenarbeit zu 12 Jahren Haft und Einziehung des Vermögens verurteilt.

1951 kam er frei und erhielt sein Unternehmen zurück.

Wie ihm ging es den meisten; die ehemals mächtigen Leute standen bald wieder ganz oben. Und sie hatten natürlich keine Lust, ihre Beute durch Entschädigungszahlungen zu schmälern. Zugute kam ihnen, daß das Ausmaß der Zwangsarbeit völlig neu in der Geschichte und die Frage der Entschädigung völkerrechtlich gar nicht geregelt war. Natürlich zahlten fast alle Firmen doch ein wenig; im Interesse des guten Gewissens und guten Rufes. Insgesamt waren es, bevor der Flick-Konzern zahlte, 13 Mio $, die dann auf 15.000 organisierte AnspruchstellerInnen verteilt wurden. Also durchschnittlich nicht einmal 850 $ für jeden dieser Menschen. Für jahrelange härteste Zwangsarbeit!

Selbstverständlich zahlten sie alle bloß aus "humanitären" oder "moralischen" Gründen. Eine rechtliche und verbindliche Pflicht erkannten sie alle nicht an.

Im folgenden nennen wir ein paar bekannte Firmen, die ihre Dreckfinger dabei hatten, und behandeln dann zwei etwas genauer: Degesch/Degussa, weil sie wichtige Helferinnen in der Massenvernichtung waren, und den Flick-Konzern wegen seiner Haltung zur Entschädigung.

III.

Salzgitter AG (die früheren "Hermann-Göring-Werke") war in der Stahl- und Rüstungsbranche tätig; hatte insgesamt ca. 100.000 "Fremdarbeiter", davon allein 60.000 im Raum Salzgitter.

Die H.-G.-Werke waren nicht nicht nur der größte Abnehmer von Häftlingen, sondern auch der größte Verbraucher. Die in diesen Betrieben eingesetzten Häftlinge hatten die geringste Lebenserwartung.

Daimler-Benz galt als nationalsozialistischer Musterbetrieb und hatte schon damals eine bedeutende Rolle als Rüstungskonzern inne.

Dieser Betrieb beschäftigte im Jahre 1944 46.300 ZwangsarbeiterInnen.

BMW hatte im Flugmotorenwerk Allach bei München (Nebenlager von Dachau) bis zu 10.000 ZwangsarbeiterInnen.

Siemens (damals Siemens und Halske) ließ von Aug.'42 - April '45 im Zweigwerk Ravensbrück bis zu 2.300 KZ-Häftlinge gleichzeitig für sich arbeiten.

Zwischen '39 und '45 kamen ins KZ Ravensbrück, dessen Häftlinge nur für die Kriegswirtschaft bei Siemens eingesetzt wurden, etwa 132.000 Frauen und Kinder, von denen nur 36.000 überlebten.

Volkswagen war u.a. auch in der Rüstungsindustrie tätig. Prof. Ferdinand Porsche gehörte auch zu dem schon genannten Freundeskreis von Himmler. Außerdem hatte er gute Verbindungen zu Hitler.

VW ließ von '44 - '45 1.300 Neuengammer Häftlinge für sich arbeiten.

Continental-Gummiwerke ließen in Ahlem und Limmer (Neuengammer Außenlager) von '44 - '45 2.141 KZ-Häftlinge für sich arbeiten, meist in der Gasmaskenherstellung.

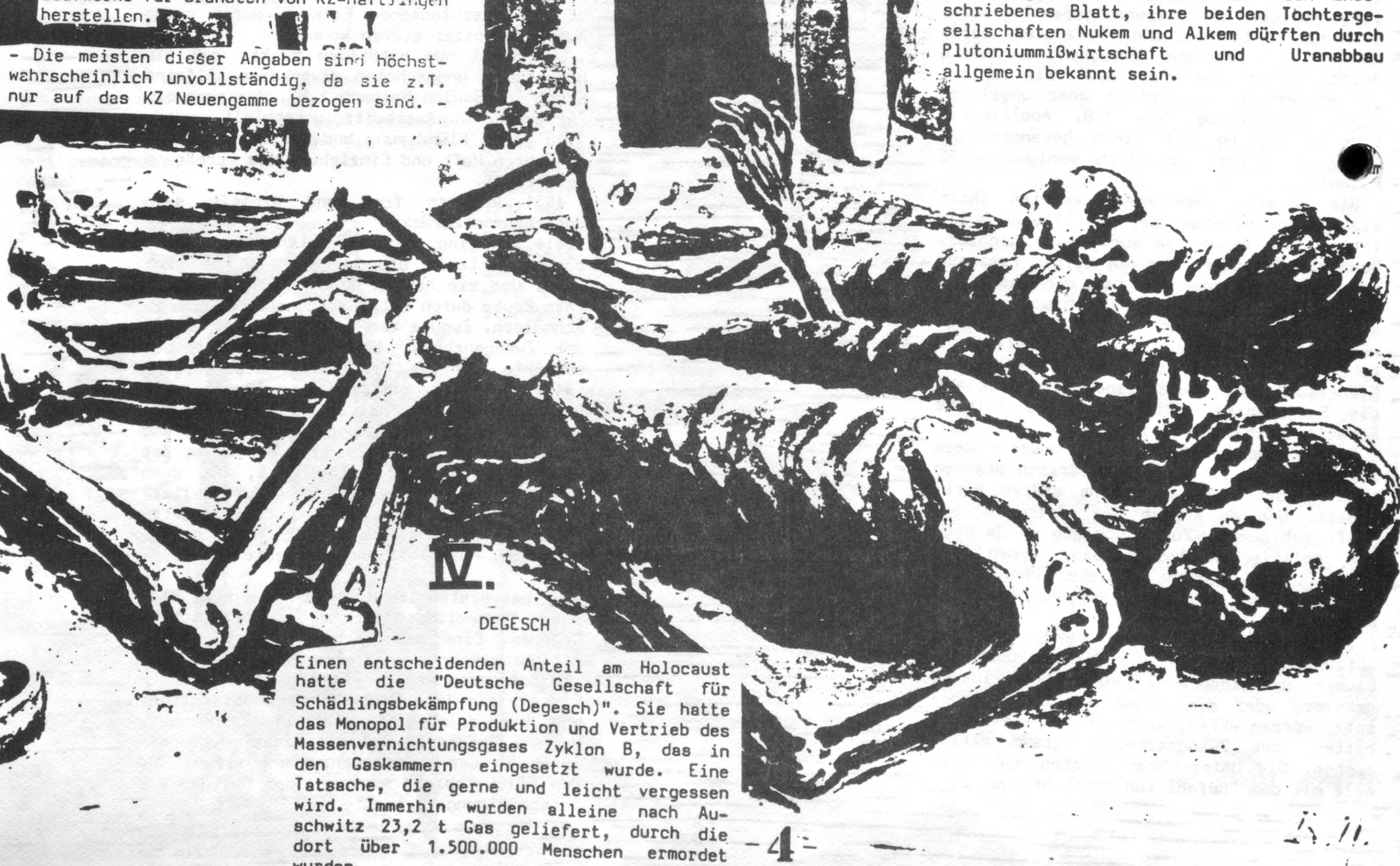
Blohm und Voß setzten insgesamt 454 KZ-Häftlinge als Bombensuchkommando ein.

Varta (damals Accumulatoren Fabrik AG): von '43 bis '45 in Hannover 1.410 KZ-Gefangene aus Neuengammer Außenlager.

Hanomag (Hannoversche Motoren AG): von '44 bis '45 469 Neuengammer zur Herstellung von KfZ-Teilen.

Junghans ließ in ihrer "Deutschen Meßapparatebau GmbH" ab Sommer '42 Zünderlaufwerke für Granaten von KZ-Häftlingen herstellen.

- Die meisten dieser Angaben sind höchstwahrscheinlich unvollständig, da sie z.T. nur auf das KZ Neuengamme bezogen sind. -



IV.

DEGESCH

Einen entscheidenden Anteil am Holocaust hatte die "Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch)". Sie hatte das Monopol für Produktion und Vertrieb des Massenvernichtungsgases Zyklon B, das in den Gaskammern eingesetzt wurde. Eine Tatsache, die gerne und leicht vergessen wird. Immerhin wurden alleine nach Auschwitz 23,2 t Gas geliefert, durch die dort über 1.500.000 Menschen ermordet wurden.

Degesch wurde 1919 als Tochtergesellschaft der Degussa zur Produktion von gasförmigen Schädlingsbekämpfungsmitteln gegründet. 1930 erhielt auch die IG Farben Anteile an Degesch, weil sie den Stabilisator hatte, der Degesch für eine längere Lagerung von Zyklon B fehlte. Die IG Farben und Degussa hatten jetzt jeweils einen Anteil von 42,5 % an Degesch, die restlichen 15% besaß die Goldschmidt AG. Degesch lief jetzt als gemeinsame Entwicklungs- und Produktionsgesellschaft von Degussa und IG Farben. Mit dem Blausäurepräparat Zyklon B, das auf Schiffen und in Kasernen eingesetzt wurde, hatte Degesch schon vor der NS-Zeit eine führende Stellung auf dem Weltmarkt, verlor aber in den 30er Jahren an Bedeutung. Mit dem Krieg 1939 bekam Degesch dann wieder große Umsatzsteigerungen, sie belieferte verstärkt die Wehrmacht, die Rüstungsindustrie und Gesundheitsbehörden. Den großen Aufschwung machte die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung aber erst, als Zyklon B als Standardmittel zur Ermordung von "Volksschädlingen" eingesetzt wurde. Zyklon B machte jetzt 70% des Umsatzes von Degesch aus, von welchem 90% nach Auschwitz geliefert wurde.

Wie kam es zum Einsatz von Zyklon B in den Vernichtungslagern?

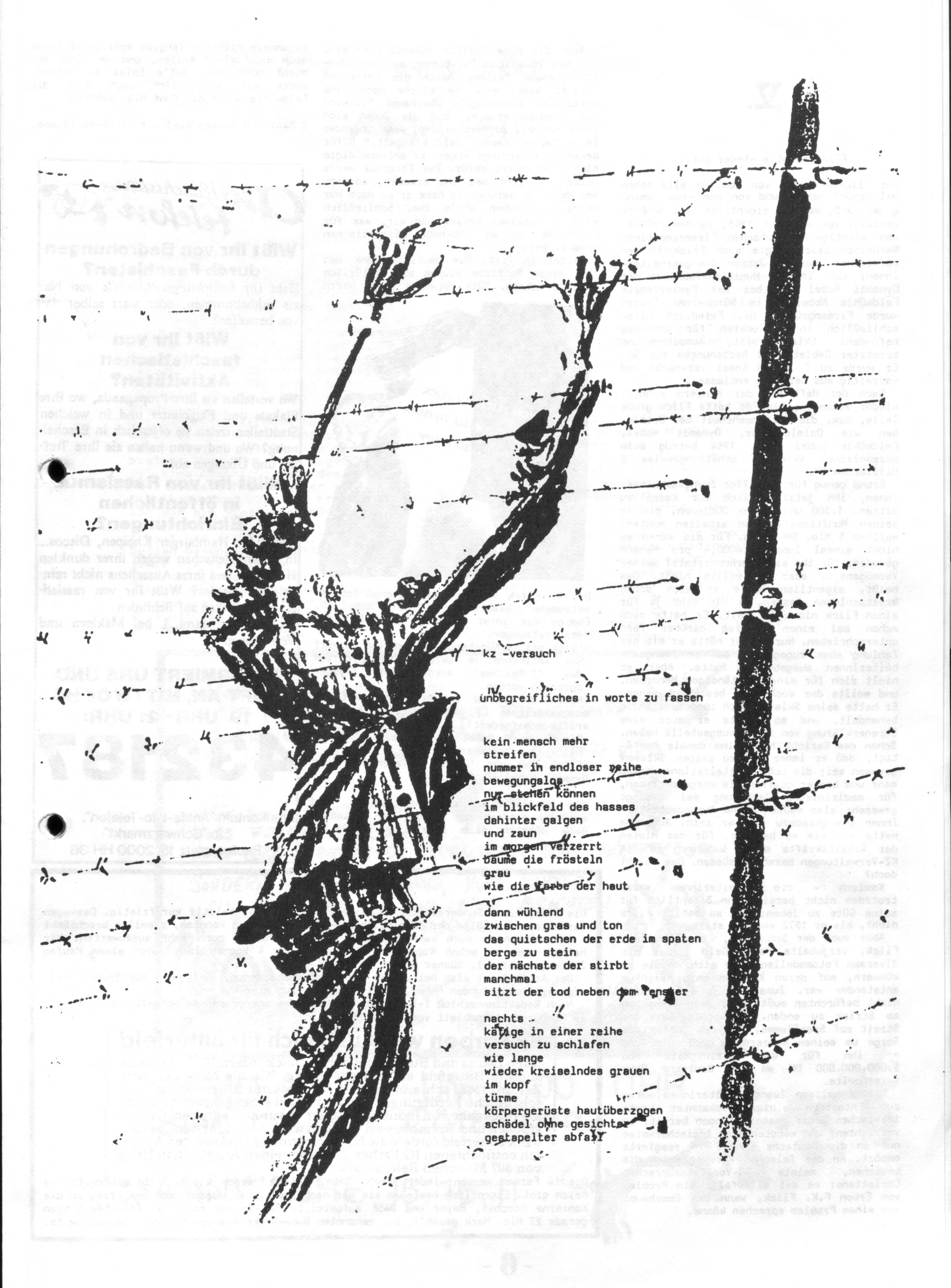
Dem Kommandanten von Auschwitz, Höß, war die seit 1941 betriebene Vergasung der Häftlinge durch Auspuffabgase und Kohlenmonoxid zu "unhygienisch". Er begab sich auf die Suche nach neuen Vernichtungsmethoden nach Ostpolen; währenddessen ließ sein Stellvertreter Fritzsch in einem "Experiment" eine kleine Gruppe russischer und polnischer Kriegsgefangener durch Zyklon B umbringen, Höß führte das nach seiner Rückkehr in großem Stil fort. Daraufhin wurde Zyklon B seit 1942/3 in allen Vernichtungslagern eingesetzt. Zyklon B wird heute immer noch in der ganzen Welt vertrieben, aus Rücksicht auf die deutsche Geschichte läuft es in der BRD allerdings unter dem Namen Cyanosil.

Der einzige, der von Degesch wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurde, war der Geschäftsführer Gerhard Peters. An ihn hatte die SS 1943 die Forderung gestellt, den Geruchswarnstoff aus dem Gas zu entfernen, weil sie die Entlüftungszeiten in den Gaskammern verkürzen und Panik unter den Opfern vermeiden wollten, damit die "Tötungsrate" erhöht werden konnte. Peters' einziger Einwand dagegen bestand darin, daß das Patent von Degesch für Zyklon B bereits abgelaufen war und nur noch der Geruchswarnstoff das Monopol hielt. Schließlich fügte er sich aber. Das wurde Peters später vom Gericht zugute gehalten:

"Das Bemühen Gersteins" (der SS-Offizier, der die Entfernung des Geruchswarnstoffes forderte) "um eine humane Tötungsart hat der Angeklagte wohl für völlig aufrichtig gehalten. Von diesem bekam er den Eindruck, daß er mit großer Anteilnahme und Gewissenhaftigkeit sich um eine alle Qualen weitestgehend ausschaltende Vollzugsart bemühe. Unter diesen Umständen glaubt das Gericht nicht feststellen zu können, daß Dr. Peters mit der Möglichkeit gerechnet hat, die Tötungen könnten grausam erfolgen und hervorgegangen sein aus gefühlloser und unbarmherziger Gesinnung..."

Peters erhielt wegen Beihilfe zum Totschlag (nicht einmal Mord) 5 Jahre Zuchthaus. Nach mehreren Wiederaufnahmeverfahren wurde er jedoch freigesprochen, weil das Gericht der Meinung war, "daß der Angeklagte nicht wegen Beihilfe zur Tötung verurteilt werden konnte. Da das Verbrechen, zu dessen Begehung der Angeklagte Beihilfe geleistet hat, nicht zur Ausführung gelangt sei, erfülle sein Handeln den Tatbestand der sog. erfolglosen Beihilfe", weil schließlich nicht bewiesen werden könne, daß ausgerechnet mit dem von Peters gelieferten Zyklon B getötet wurde.

Auch Degussa wurde nie in die Kriegsverbrecherprozesse mit einbezogen. Sie hatte nicht nur hohe Anteile an Degesch, sondern war auch an der Umschmelzung wertvoller Gegenstände aus Edelmetallen beteiligt, die jüdische Bevölkerung im Februar 1939 für 40% ihres Verkaufswertes zwangsverkaufen mußte. Schließlich schmolz sie dann auch die Eheringe, goldenen Uhren und das Gold aus den Zähnen, das den Verschleppten in den Vernichtungslagern abgenommen wurde, ein. Degussa ist auch heute kein unbeschriebenes Blatt, ihre beiden Tochtergesellschaften Nukem und Alkem dürften durch Plutoniummißwirtschaft und Uranabbau allgemein bekannt sein.


kz -versuch
unbegreifliches in worte zu fassen
kein mensch mehr
streifen
nummer in endloser reihe
bewegungslos
nur stehen können
im blickfeld des hasses
dahinter galgen
und zaun
im morgen verzerrt
bäume die frösteln
grau
wie die farbe der haut
dann wühlend
zwischen gras und ton
das quietschen der erde im spaten
berge zu stein
der nächste der stirbt
manchmal
sitzt der tod neben dem fenster
nachts
käfige in einer reihe
versuch zu schlafen
wie lange
wieder kreiselndes grauen
im kopf
türme
körpergerüste hautüberzogen
schädel ohne gesichter
gestapelter abfall

V.

Flick macht's wieder gut...

Der Flick-Konzern, von dem wir alle schon mal gehört haben, und von dem kaum jemand genau weiß, was das eigentlich ist, gehörte zweimal, vor und nach 1945, zu den größten und wichtigsten deutschen Firmenimperien. Natürlich beschäftigte auch Flick in den peinlichen tausend Jahren ZwangsarbeiterInnen; z.B. in den Munitionsfabriken der Dynamit Nobel AG, bei der Papierfabrik Feldmühle Nobel... im Nürnberger Prozeß wurde Firmengründer Dr. Friedrich Flick schließlich in 3 Punkten für schuldig befunden: Sklavenarbeit, Ausplünderung besetzter Gebiete und Beziehungen zur SS. Er wurde zu 7 Jahren Knast verknackt und vorzeitig aus der Haft entlassen.

Nach der Haft war der Konzern schnell wieder zusammen; bis '86 hatte Flick große Teile, bzw. die Aktienmehrheit bei Betrieben wie Daimler-Benz, Dynamit Nobel, Feldmühle Nobel AG... 1964 betrug sein persönliches Vermögen schätzungsweise 2 Milliarden DM.

Grund genug für ehemalige ZwangsarbeiterInnen, ihn jetzt endlich zur Kasse zu bitten. 1.300 ungarische Jüdinnen, die in seinen Munitionsfabriken arbeiten mußten, wollten 5 Mio. DM sehen. Für sie wären es nicht einmal lumpige 4000,- pro Mensch gewesen; für ihn ein Vierhundertstel seines Vermögens... aber er wollte nicht. Das heißt, eigentlich hätte er sich schon breitschlagen lassen, 5 Mio sind ja für einen Flick nicht die Welt. Er hatte auch schon mal einen Vertrag darüber fast unterschrieben. Nur leider hätte er mit der Zahlung eben zugegeben, daß er ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet hatte. Aber er hielt sich für einen anständigen Menschen, und wollte das auch gern bestätigt sehen. Er hatte seine Sklaven doch immer anständig behandelt, und so wollte er auch eine Ehrenerklärung von ihnen ausgestellt haben. Schon das Gericht hatte ihm damals bestätigt, daß er immer gut zu seinen Sklaven gewesen sei; die Lebensmittelrationen seien mehr und besser gewesen als vorgeschrieben, für medizinische Betreuung sei gesorgt gewesen; also müßten seine ZwangsarbeiterInnen ihm geradezu dankbar sein. Außerdem hatte er, wie er betonte, für das Mieten der Arbeitskräfte schon Gebühren an die KZ-Verwaltungen bezahlen müssen. Das reicht doch?

Komisch - die Arbeiterinnen waren trotzdem nicht bereit, ihn öffentlich für seine Güte zu loben; und so zahlte Flick nicht, bis er 1972 endlich starb.

Aber auch der Sohnemann, Friedrich Karl Flick, verjubelte Papis Geld lieber mit diversen Fotomodellen, als sich um die zu kümmern, auf deren Knochen sein Reichtum entstanden war. Zumal er ja leider auch nicht befürchten mußte, für sein Verhalten am Strick zu enden. So kochte dann der Streit auf Sparflamme, bis dem Junior die Sorge um seinen Konzern zu groß wurde und er ihn für die Kleinigkeit von 5.000.000.000 DM an die Deutsche Bank verseppelte.

Die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen waren zum Entsetzen einiger bekannter Leute inzwischen weder gestorben noch bereit, zu verzichten; und wandten sich logischerweise nun an die Deutsche Bank. Die reagierte empört. An der falschen Adresse seien die Leutchen, meinte DB-Vorstandssprecher Christians: es sei allenfalls ein Problem vom Erben F.K. Flick, wenn man überhaupt von einem Problem sprechen könne.

Auch die hohe Politik mischte sich ein. Für den damaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Hermann Fellner hatte die Forderung "bisher weder eine rechtliche noch eine moralische Grundlage". Überhaupt "...wird der Eindruck erweckt, daß die Juden sich immer schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klingelt." Dafür bekam er allerdings Ärger. Er entschuldigte sich auch später dafür. Der Eindruck werde natürlich nicht bei ihm erweckt, sondern bei der Bevölkerung; so habe er es doch nur gemeint. Glauben wir's ihm. Schließlich weiß er bestimmt besser als wir, was für Eindrücke so an CSU-nahen Stammtischen erweckt werden.

Weiter im Text: Die Deutsche Bank und ihre neuen Betriebe wußten sich natürlich auch zu wehren. "Die Vorwürfe gegen Herrn



Dr. F. Flick beruhen auf falschen Voraussetzungen", klagte die Feldmühle Nobel AG. Einige der ihrer Meinung nach richtigen Voraussetzungen:

-Flick sei im Nürnberger Prozeß vom Vorwurf der Teilnahme am Sklavenarbeitsprogramm des "3.Reiches" ausdrücklich freigesprochen worden.
(Natürlich hat er das Programm nicht mit ausgearbeitet. Er hat lediglich Arbeitskräfte angefordert!)

-Die Dynamit Nobel AG sei erst '59 von Flick erworben worden
(Flick saß vor '45 im Aufsichtsrat der Dynamit Nobel AG...)

Wir sparen hier ein paar Seiten, und erzählen einfach den Schluß: Der Deutschen Bank nützten alle ihre Lügen und ihr Gejammere nichts - langsam schlug die Sache auch im Ausland Wellen, und um ihren Ruf nicht noch mehr auf's Spiel zu setzen, mußte sie schließlich doch über die Feldmühle Nobel die fünf Mio. zahlen.

5 Mio. Ein Tausendstel der Flick-Kaufsumme.

Nachtrag

Die Idee, diese Sonderausgabe zu machen, kam uns erst relativ kurzfristig. Deswegen war leider die Fülle der Info's, an die wir herankommen konnten, ziemlich beschränkt - wir hätten es auch wahrscheinlich nicht geschafft, noch mehr auszuwerten. Wir hatten auch so schon Kopfschmerzen davon, uns 4 Wochen lang durch einen Haufen Zeitungsschnipsel, Bücher etc zu wühlen...

Der Artikel ist also bei weitem nicht umfassend genug, auch wenn die Bruchstücke, die wir 'rausgefunden haben, haarsträubend genug sind.

Nach Redaktionsschluß ist allerdings noch 'was interessantes aufgefallen, und zwar im Hamburger Abendblatt vom 29.10.'90:

IG Farben will Ausgleich für Bitterfeld

Nach Leuna und Buna pocht der Chemiekonzern IG Farben nun auch in Bitterfeld auf Entschädigung. Wie die Mitteldeutsche Zeitung (MZ) schreibt, sind im Landratsamt Bitterfeld mehrere schriftliche Forderungen der IG Farben eingegangen, in denen die Rückgabe von Industrieanlagen, Braunkohlegruben, Grundstücken und Wohnhäusern verlangt wird. Allein für das Chemiewerk Bitterfeld fordere die Nachfolgerin des 1945 von den Alliierten entflochtenen IG Farben-Konzerns einen Ausgleich in Höhe von 307 Millionen Reichsmark.

Die IG Farben werden wieder frech, kaum, daß es gerade wieder e in großdeutsches Reich gibt. Eigentlich bestehen sie gar nicht mehr, sie wurden nach dem Krieg in die Konzerne Hoechst, Bayer und BASF aufgeteilt. Sie selber haben an Entschädigungen gerade 27 Mio. Mark gezahlt. Die genannten Buna-Werke standen übrigens in Auschwitz.

CONNY, wir werden Dich nie vergessen!

Am 17. November 1989 ist Conny Wessmann ermordet worden.

Sie wurde von mit Knüppeln bewaffneten Bullen vor ein fahrendes Auto gejagt und starb vor Ort an ihren Verletzungen. An diesem Abend wurden wieder einmal einige AntifaschistInnen von Faschisten aufgelauert und verprügelt. Daraufhin trafen sich in kürzester Zeit 20-30 AntifaschistInnen, um dem Angriff der Faschisten etwas entgegenzusetzen. Als die Bullen dieses mitbekommen, brachten sie die Faschisten "zu ihrer eigenen Sicherheit" (O-Ton Bullen) an den Stadtrand.
Die AntifaschistInnen zogen nun durch die Innenstadt und suchten die Faschisten. Die Bullen folgten und hielten über Funk, der abgehört wurde, eine Absprache über das Vorgehen. Diese enthielt unter anderem die Abstimmung über die Frage: "Sollen wir sie platt machen?", die bejaht wurde.
Angesichts der Tatsache, daß die Bullen besonders in Göttingen seit jeher die Faschisten schützen und jede Gelegenheit nutzen, den antifaschistischen Kampf zu schwächen, jagten sie die AntifaschistInnen mit Knüppeln, CS und Hunden auf eine verkehrsreiche Straße.

Dort blieb auch Conny keine andere Möglichkeit, als auf die nicht abgesperrte Straße zu laufen, wo sie von einem schnell fahrenden Auto erwischt und zu Boden gerissen wurde. Die GenossInnen, die ihr zu Hilfe eilten, wurden von den Bullen abgedrängt und bekamen gesagt: "Ihr könnt Euch gleich daneben legen!" Noch bevor ärztliche Hilfe kam, starb Conny.

Conny ist nicht das erste Opfer und wird auch nicht das letzte sein, denn der Staat nimmt solche Morde und Verbrechen in Kauf!
Selbst bei unserer Trauer, die wir durch Mahnwachen und Demonstrationen versuchten auszudrücken, scheuten die Bullen nicht davor zurück, Knüppel einzusetzen, um erneut mit unseren Leben zu spielen.
Doch wir lassen uns unsere Trauer, unsere Wut und unseren Widerstand nicht nehmen. Am Jahrestag von Connys Ermordung wollen wir zeigen, daß wir dazu noch fähig sind.
So wollen wir alle am 17.11.90 an der Mahnwache, die am 15. und 16.11. stattfindet, vorbeiziehen und unsere Trauer und Wut zeigen.



DEMO: 17.11.90 UM 13.00 UHR
Stadthalle in Göttingen

MAHNWACHE: 15, 16.11

"Wir erleben eine weltgeschichtliche Wende - matte Hirne, schwache Herzen mögen es verwünschen, Genossen dieser Epoche sein zu müssen -, aber wer nur ein wenig Gefühl und Augenmaß hat für das gewaltige Schauspiel, das die sich immer wieder verjüngende und erneuernde Kraft der Menschheit darbietet, der wird nicht murrend und maulend abseits stehen können. Der wird sich auf den Boden des tatsächlichen stellen, und das ist: daß eine Welt zusammengebrochen ist und neu errichtet werden muß.

Zusammengebrochen ist nicht nur ein Staat, der sich unbesiegbar wähnte, zusammengebrochen ist nicht nur eine Wirtschaftsordnung, die von ihren Nutznießern für Bombensicher gehalten wurde, zusammengebrochen ist vor allem der bürgerlich-kapitalistische Geist, der seit hundert Jahren die Köpfe beherrschte..."
(Carl von Ossietzky)

"Was hat denn das mit dem 9. November zu tun?" werden sich jetzt wohl die meisten von Euch fragen. Wer erinnert sich heute noch an den 9. November 1918? Wer erinnert sich heute noch daran, daß dieser Tag der Tag war, an dem Kaiser Wilhelm nach Holland floh, der 1. Weltkrieg beendet, das alte Regime gestürzt und in Deutschland die Republik ausgerufen wurde.

Mal ganz ehrlich: Kaum eineR.

Das ist kein Zufall. Nicht nur, daß sich die populistische Geschichtsforschung nie um den 9. November 1918 und die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung - wie es die SPD schon 1919 vorhersah - geschert hat, für die Rechten war dieses Datum ein "Schanddatum".

Mit diesem Tag wurde die Niederlage des 1. Weltkrieges akzeptiert und die für sie verhaßte Demokratie errichtet. So erklärte z.B. die Deutsche Arbeiterpartei (DAP, später NSDAP) gleich am nächsten Tag: "Wir erlebten gestern den Zusammenbruch alles dessen, was uns vertraut, was uns lieb und wert war. An Stelle unserer blutsverwandten Fürsten herrscht unser Todfeind Juda... nun wollen wir reden vom Deutschen Reich, jetzt wollen wir sagen, daß der Jude unser Todfeind ist, von heute ab werden wir handeln."

Doch selbst als große Teile der revolutionären Kräfte in Deutschland von rechten Freikorps-Gruppen abgeschlachtet, tausende RevolutionärInnen ermordet oder eingeknastet worden sind und die Konterrevolution unter Führung der SPD gesiegt hatte, blieb der 9. November ein Symbol der Revolution.

So ist es kein Zufall, daß Hitler und andere Faschisten gerade das Datum des 9. November wählten, um die Macht an sich zu reißen. Analog zum Marsch der Faschisten auf Rom mit der daraus folgenden Machtergreifung in Italien (Oktober 1923) planten sie den Marsch auf Berlin, um anschließend mit militärischer Hilfe die Macht zu ergreifen. So versuchten sie erst einmal in Bayern ihre Chance zu nutzen, indem sie eine von ihren Kameraden gehaltene Veranstaltung mit dem Thema "Vom Volk zur Nation" stürmten und in die dichtgedrängte Menge riefen: "Die nationale Revolution ist ausgebrochen. Die bayrische Regierung ist abgesetzt, eine provisorische Reichsregierung wird gebildet."

Für Stunden wähnten sich die Faschisten am Ziel. Während sie Plakate druckten, wonach "Die Regierung der Novemberverbrecher für abgesetzt erklärt worden" sei, stürmte die Reichswehr herbei. Zu einem Feuergefecht zwischen NSDAP und Reichswehr kam es schließlich bei dem Marsch der Faschisten auf die Feldherrenhalle. Es gibt 19 Tote, einige Verhaftungen (u.a. Hitler) und die NSDAP wird - für kurze Zeit - verboten. Das Vorhaben, den 9. November als Symbol der Revolution zu löschen, schlägt fehl.

10 Jahre später - 1933, nach der Machtergreifung der Faschisten - wird der 9. November zum Feiertag erklärt. Ab dieser Zeit werden jährlich pompöse Märsche auf die Feldherrenhalle - in Erinnerung an den 9.11.'23 - inszeniert, und die neuen SS-Männer vor der Feldherrenhalle vereidigt. Nichts sollte mehr an die Revolution von 1918 erinnern.



ROSA LUXEMBURG

In diesem Sinne ist es ebenfalls kein Zufall, daß weitere fünf Jahre später, am 9. November 1938, die "Reichskristallnacht" stattfindet.

Vorwand für den Pogrom ist das Attentat auf den deutschen Gesandschaftsrat von Rath, der am 7.11.'38 in Paris von dem 17jährigen polnischen Juden Herschel Grynszpan angeschossen wird und am 9. November an seinen Verletzungen stirbt. In der darauffolgenden Nacht finden im ganzen Reich "Vergeltungsaktionen" gegen Juden statt. Mit "spontanem Volkszorn", wie es die Faschisten darstellten, hatte es jedoch nichts zu tun. Die meisten der Beteiligten waren SS-Männer, die auf das Geheiß der obersten Parteileitung in Berlin agierten.

Es wurden knapp 7500 jüdische Geschäfte und mindestens 175 Synagogen zerstört; 30.000 Jüdinnen und Juden in Konzentrationslager gebracht. Der Pogrom hinterläßt Spuren der Verwüstung im ganzen Reich und schreit nach Strafe und Sühne.

So müssen alle Schäden an Gewerbebetrieben und Wohnungen von jüdischen Inhabern oder Gewerbebetreibern sofort beseitigt werden. Als Sühneleistungen müssen alle Jüdinnen und Juden gemeinsam 1.000.000.000 Reichsmark an das Deutsche Reich zahlen. Nach der Logik der Faschisten waren ja schließlich "die Juden" für diesen Pogrom verantwortlich.

Dennoch ist der Pogrom "nur" als vorläufiger Höhepunkt in der Judenverfolgung anzusehen. Und es sei noch erwähnt, daß nicht "nur" Juden und Jüdinnen verfolgt wurden. Die Verfolgung traf alle in ähnlicher Weise, die nicht in die Idee der "Volksgemeinschaft" passten: Homosexuelle, bekennende ChristInnen, Kranke, KommunistInnen...

9. November 1918: Tag der Revolution
9. November 1923: Hitlers Putschversuch
9. November 1938: Reichspogromnacht
Drei wichtige Daten unserer Geschichte. Doch wer erinnert sich heute noch daran? Wer erinnert sich heute noch dieser Daten und ihrer Bedeutungen?

Besteht nicht die Gefahr, daß sie - wo die Generation, die diese Zeit erlebt hat, ausstirbt - gänzlich vergessen werden?

Zumal im letzten Jahr der 9. November zum vierten Mal unter einem anderen Aspekt in den Blickpunkt rückte, der dieses Vergessen sicherlich leichter werden läßt: Die Öffnung der Berliner Mauer!

Zum dritten Mal bietet sich die Gelegenheit, das Datum umzubenennen. Vielleicht nach dem Motto: Aller guten Dinge sind drei! Vergessen wir die Verbrechen und freuen uns auf ein großdeutsches Reich -

Ohne uns!!!
Es lebe die Revolution!! Für das Erinnern - gegen das Vergessen!!!

Nachtrag: Am 9.November 1974 ist Holger Meins an Unterernährung während der Zwangsernährung im Hungerstreik der RAF-Gefangenen gegen Isolationshaft, für Zusammenlegung gestorben.

Selbst wenn in der deutschen Geschichte nichts zufällig ist, so denken wir doch, daß sich dieses Ereignis nicht unmittelbar mit den anderen in Zusammenhang bringen läßt.